



Bad Schwalbach, den 17.09.2021

Niederschrift

Gremium	Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
Sitzungsnummer	3/XI. Wahlperiode
Datum	Freitag, 17. September 2021
Sitzungsbeginn	09:00 Uhr
Sitzungsende	11:05 Uhr
Ort	Bürgerhaus Taunus - Herblay Saal, Aarstraße 138, 65232 Taunusstein

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Joachim Reimann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Felix Bleuel	
Herr Klaus Gagel MdL	
Frau Senia Gomez Garces	
Herr Marsilius Graf von Ingelheim	
Herr Christian Herfurth	
Herr Jan Kraus	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Stefan Müller	

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Michael Barth	
Frau Helga Becker	
Frau Miriam Deppe	
Herr Volker Diefenbach	
Herr Jürgen Helbing	
Herr Dominik Lawetzky	

entschuldigt

Herr Daniel Bauer	
Herr Matthias Bremser	
Herr Maximilian Faust	
Herr Günter Linke	
Frau Annette Reineke-Westphal	

Verwaltung

Herr Horst-Dieter Kuhn	
Herr Michael Schardt	
Herr Christian Rossel KBI	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Ausschussvorsitzender Reimann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder, Landrat Kilian und KB Döring für den Kreisausschuss und die Gäste der Sitzung. Ausschussvorsitzender Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussvorsitzender Reimann schlägt zur Tagesordnung vor, die TOP 12 und 13 gemeinsam, nach TOP 1 zu beraten. Ebenfalls sollen die TOP 21 und 22 gemeinsam beraten werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vom 24. Juni 2021

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS XI/59 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Gemeinsame Beratung mit TOP 3

TOP 3. DS XI/151 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet "Ober der Hardt", Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss; KT 22.06.2021 TOP 5 DS XI / 59

Landrat Kilian erläutert den Sachverhalt und berichtet aus den Beratungen des UMTK. Der dort gemeinsam von CDU und SPD eingebrachte Antrag wird verteilt (**Anlage 1 der Niederschrift**). An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Kraus, Mahr, Gagel, Barth, Bleuel, Müller, der Fachbereichsleiter Schardt, der Kreisbrandinspektor Rossel und Landrat Kilian. Auf Wunsch von Herrn Müller wird eine Skizze der 4 Grundstücke beigelegt (**Anlage 2 der Niederschrift**).

Abschließend beantragt der Abg. Gagel, dass der RTK gemäß der ursprünglichen Vorlage alle reservierten Grundstücke erwerben soll. Der Antrag wird bei

1 JA-Stimme und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Reimann ruft die Beschlussempfehlung des UMTK mit folgenden Ergänzungen bzw. Änderungen auf:

1. In Punkt 1 des Beschlusses wird vor dem Wort „weiterverfolgt“ eingefügt:
„sowie bei noch bestehenden Platzkapazitäten eventuelle Lagerungsmöglichkeiten“

2. Bei Punkt 2 wird im 2. Absatz die Zahl „7.000“ durch die Zahl „8.200“ ersetzt.

In dieser Fassung wird die Empfehlung des UMTK bei 1 Enthaltung

einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

1. Grundsätzlich werden das sogenannte Gefahrenabwehrzentrum Modul 1 (Verwaltungsbereich Fachdienst III.3 Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsleitstelle, Stabsräume, Funktions- und Technikräume) und das Modul 3 (Rettungswache Bad Schwalbach) sowie bei noch bestehenden Platzkapazitäten eventuelle Lagerungsmöglichkeiten weiterverfolgt.
2. Auf Grundlage von Punkt 1 und der in Auftrag gegebenen und durchgeführten Prüfungen verschiedenster Varianten und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zur Realisierung eines Neubauvorhabens für den Brand- und Katastrophenschutz wird nachfolgender Grundsatzbeschluss gefasst:

Im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ in Bad Schwalbach werden das sogenannte Gefahrenabwehrzentrum und die Rettungsleitstelle Bad Schwalbach (siehe Punkt 1) gemeinsam mit dem Vorhaben des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft (EAW, Stichwort: Wertstoffhof) realisiert. Dies soll entweder auf dem bereits von Seiten des EAW gekauften Grundstück oder max. auf einem 8.200 qm-Grundstück im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ realisiert werden. Hierzu könnte, wenn möglich, das von Kreisseiten zurzeit noch reservierte 11.102 qm Grundstück geteilt werden. Dies ermöglicht der Stadt Bad Schwalbach die Restfläche sowie das EAW Grundstück an gewerbliche Unternehmen zu veräußern bzw. zu vermitteln und Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung für den Standort zu erreichen.

Bei den weiteren Planungen, die den Kreisgremien vorzulegen sind, ist auch die Errichtung einer Atemschutzübungsanlage (ASÜ) mit einzuplanen.

Auf die Bitte der Abg. Müller und Mahr macht KBI Rossel anschließend einige grundsätzliche Anmerkungen zum Thema Katastrophenschutz im Rheingau-Taunus-Kreis.

TOP 4. DS XI/147 Berichterstattung Plan-Ist-Vergleich zum 30.06.2021

Fachdienstleiter Kuhn hält einen Vortrag zur Geschichte, zum Aufbau und den Besonderheiten des Plan-Ist Vergleichs in der vorliegenden Fassung und beantwortet Fragen der Abg. Gagel, Kraus, Deppe, Lawetzky und des Ausschussvorsitzenden Reimann, der Herrn Kuhn ausdrücklich für seinen Vortrag dankt.

In der anschließenden Aussprache, an der sich Landrat Kilian, Ausschussvorsitzender Reimann und der Abg. Müller beteiligen, wird angeregt, dass die Verwaltung bis zu den nächsten Haushaltsberatungen Vorschläge für eine alternative Darstellung entwickelt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Berichterstattung der Plan-Ist-Zahlen zur Haushaltssituation des Rheingau-Taunus-Kreises per 30.6.2021 zur Kenntnis.

Für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht gemäß Auflage der Aufsichtsbehörde keine rechtliche Notwendigkeit mehr.

TOP 5. DS XI/104 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 6. DS XI/114 Kontrolle der Beschlüsse des Kreistags;
Fortschreibung der Beschlusskontrolle vom 20.10.2020 bis
29.06.2021**

Fragen des Ausschussvorsitzenden Reimann zur Salzbachtalbrücke werden durch KB Döring beantwortet. Im Übrigen liege inzwischen auch eine Stellungnahme der Gemeinde Niedernhausen vor. Fragen des Abg. Gagel werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Abg. Müller bittet um eine Vorstellung des Sachstandes zum Thema Naturpark Rhein-Taunus im UMTK. Landrat Kilian sichert dies zu.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 7. DS XI/116 Ausarbeitung der Projektskizze Gründungsunterstützung und Gründervernetzung und Aufbau eines virtuellen Gründerhauses

Fragen des Abg. Barth werden durch Landrat Kilian beantwortet. Die Vorlage wird einstimmig **beschlossen** bei

Enthaltungen aus den Fraktionen der GRÜNEN, der FWG und der AFD.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei einigen Enthaltungen**

Beschluss:

Der Projektskizze zur Gründungsunterstützung und Gründervernetzung im Rheingau-Taunus-Kreis wird zugestimmt.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Projektskizze weiter auszuarbeiten und Mittel für den Haushalt 2022 für den Aufbau eines virtuellen Gründerhauses anzumelden.

TOP 8. DS XI/134 Berichtsantrag Nr. 01/21 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06. Februar 2021, eingegangen am 08. Februar 2021 Stand der Digitalisierung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis, Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS XI/136 Berichtsantrag Nr. 03/21 der fraktionslosen Abg. der Partei Die LINKE Ausstattung von Schüler*innen ohne häuslichen Internetzugang mit digitalen Endgeräten vom 11.05.2021; Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS XI/137 Sachstandsbericht Nr. 2 zur Digitalisierung der Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis gem. des Beschlusses des Ausschusses für Jugend, Bildung und Soziales vom 08.10.2020

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 11. DS XI/159 Mobile Working und Homeoffice; Berichts Antrag Nr. 09/21 der FDP -Fraktion vom 26. Mai 2021; Stellungnahme der Verwaltung

Eine Frage des Abg. Müller wird von Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 12. DS XI/142 Bericht zum Frauenförderplan 2018 - 2023

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Bericht zum Frauenförderplan 2018 – 2023 für die Kreisverwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 13. DS XI/161 Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss)

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Nach erneuter Überprüfung des potentiellen Konsolidierungskreises für den Rheingau-Taunus-Kreis durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde die nachrangige Bedeutung der betroffenen Aufgabenträger gemäß §112 Abs. 5 Satz 4 HGO in Verbindung mit § 53 GemHVO und den dazu erlassenen Hinweisen des HMdluS festgestellt. Daher wird für 2020 auf die Aufstellung eines zusammengefassten Jahresabschlusses (Gesamtabschluss) verzichtet. Die nachrangige Bedeutung ist jährlich anhand der erlassenen Hinweise zu § 53 GemHVO zu überprüfen.

TOP 14. DS XI/145 Wahl der Beisitzer des Anhörungsausschusses gemäß § 10 Abs. 2 Hess. AusfG zur VwGO

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 15. DS XI/115 Aufhebung Sperrvermerk für Mittel zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Gagel und Landrat Kilian, der eine Erläuterung der Einzelpositionen zusichert (Anlage 3 der Niederschrift). Die Vorlage wird sodann bei

2 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Sperrvermerk für die Mittel zur Umsetzung der Einzelmaßnahmen des Mobilitätskonzeptes im Haushalt 2021 wird aufgehoben.

TOP 16. DS XI/124 Stellenplanung der Gesundheitsverwaltung für die Jahre 2022 / 2023 / 2024

Fragen des Ausschussvorsitzenden Reimann und des Abg. Müller werden von Landrat Kilian beantwortet. Abg. Müller beantragt eine getrennte Abstimmung.

Punkt 1 wird bei

2 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Punkt 2 wird bei

1 Enthaltung
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der vorgeschlagenen Stellenplanung der Gesundheitsverwaltung für die Jahre 2022 / 2023 / 2024 zu. Die aufgeführten Stellen werden geschaffen und unbefristet besetzt.

2. Der Kreistag stimmt zu, dass ein Teil der Stellen im Vorgriff auf die Genehmigung des Haushaltes 2022 schon im Jahr 2021 zur Besetzung freigegeben werden. Dies betrifft

1. 2 VZÄ SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn für die Bereiche Infektionsschutz und Tuberkulose und sozialmedizinischer/sozialpsychiatrischer Dienst und
2. 0,5 VZÄ FachärztIn für Psychiatrie.
3. 1 VZÄ ÄrztIn falls die Besetzung aufgrund der Vorgaben der hessischen Landesregierung erforderlich wird.
4. 1 VZÄ ArzthelferIn, falls die Besetzung aufgrund der Vorgaben der Hessischen Landesregierung erforderlich wird.

Die Stellenplanung wurde aufgrund der Unterbesetzung in den benannten Bereichen der Gesundheitsverwaltung erstellt. Des Weiteren wird auch der beschlossene Pakt für den ÖGD erfüllt, an dessen Umsetzung die Gesundheitsverwaltung gebunden ist.

TOP 17. DS XI/150 Einführung eines kostenfreien Job-Tickets - Variante Premium - für alle Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises und Beauftragung der Verwaltung mit dem Vertragsabschluss und der Vertragsumsetzung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Das kostenfreie JobTicket – Variante Premium – wird für alle Mitarbeitenden des Rheingau-Taunus-Kreises eingeführt. Die Lohnsteuer wird mit einem Pauschsteuersatz von 25 % erhoben. Die Verwaltung wird hiermit zum Vertragsabschluss mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund und der Umsetzung des Vertrages möglichst zum 01.01.2022 ermächtigt.

TOP 18. DS XI/163 Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss legt nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 113 HGO den Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes dem Kreistag zur Beratung und zur Beschlussfassung vor. Der Kreisausschuss bittet den Kreistag um Entlastung gemäß § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO.

Der Kreistagsvorsitzende wird vom Kreisausschuss gebeten, die Kreistagsvorlage ohne vorherige Beratung im Plenum unmittelbar an den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss zu überweisen.

2. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2019 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2019 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

Der Jahresüberschuss wird dem Ergebnisvortrag aus Vorjahren zugeführt.

TOP 19. DS X/1528 Mobilität mit der Ausschreibung lokaler Busverkehrsleistungen ab Dezember 2022 in den Bereichen Niedernhausen, Idstein, Aar/Hühnerkirche und Rheingau

Ausschussvorsitzender Reimann und KB Döring berichten von den Beratungen des UMTK. Die diesbezügliche Beschlussempfehlung wird sodann bei

2 Enthaltungen
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, die Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) zu beauftragen, bei der Ausschreibung lokaler Busverkehrsleistungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2022 die Planvariante 3 mit 3.625.000 km pro Jahr anzuwenden.

Die entsprechend erforderlichen Haushaltsmittel zur Verlustabdeckung der RTV sind ab dem Haushaltsplan 2023 bereitzustellen.

Bei der Ausschreibung sind in den Vertragsbedingungen geeignete Vorkehrungen zur Einhaltung grundlegender Qualitätsstandards (u.a. Sprachkenntnisse, Ortskenntnisse des Personals, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit) durch die Verkehrsunternehmen aufzunehmen.

Es sind Losgrößen zu wählen, die mittelständischen Busunternehmen eine eigenständige Beteiligung an der Ausschreibung ermöglicht.

Nach der Vergabe ist ein Abgleich des in der Beschlussvorlage dargestellten Angebots und der erwarteten Preise mit den endgültigen Fahrplänen und dem Ausschreibungsergebnis zu erstellen. Dem Kreistag ist hierüber zu berichten.

Die Linie 265 (neue Kreisquerung, Variante 3) soll als Pilotprojekt angelegt werden und somit zunächst begrenzt auf vier Jahre versuchsweise zum Einsatz kommen. Dem Kreistag ist hierzu jährlich ein Bericht über die Entwicklung der Fahrgastzahlen der Linie 265 und der parallel verlaufenden Linienwege anderer Linien mit Vergleich zu den Fahrgastzahlen der bislang auf den Teilabschnitten dieser Linie verkehrenden Linien vorzulegen.

TOP 20. DS XI/160 Antrag zur Berücksichtigung der ökologischen Auswirkungen bei Beschlussvorlagen des Kreises; hier: Antrag Nr. 23/21 der SPD-Fraktion vom 19. August 2021

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Kraus und Diefenbach. Der Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN und
NEIN-Stimmen der Fraktionen von CDU, FWG und FDP
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 21. DS XI/165 Cybersicherheit; hier: Antrag Nr. 24/21 der FDP-Fraktion vom 16. August 2021, eingegangen am 24. August 2021

Die TOP 21 und 22 werden gemeinsam beraten. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, Mahr, Lawetzky, Barth, Diefenbach und Kraus.

In TOP 21 wird Punkt 2 des FDP-Antrages wie folgt verändert:

„Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, dieses Sicherheitskonzept bis zum 31.12.2024 durch ein offizielles Audit „ISO 27001 Zertifizierung auf Basis von IT-Grundschutz“ erfolgreich zertifizieren zu lassen. Dem HFWD ist über die finanziellen Auswirkungen zu berichten.“

Mit dieser Änderung in Punkt 2 einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss erstellt für die gesamte Kreisverwaltung ein Informationssicherheitskonzept nach BSI Grundschutz (Standard-Absicherung).

2. Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, dieses Sicherheitskonzept bis zum 31.12.2024 durch ein offizielles Audit „ISO 27001 Zertifizierung auf Basis von IT-Grundschutz“ erfolgreich zertifizieren zu lassen. Dem HFWD ist über die finanziellen Auswirkungen zu berichten

3. Hierzu legt der Kreisausschuss dem HFWD halbjährlich in nichtöffentlicher Sitzung den Sachstand vor.

4. Der Kreisausschuss wird des Weiteren beauftragt zu prüfen, ob Landesmittel (z.B. über die ekom21) für dieses Vorhaben genutzt werden können und diese dann auch zu beantragen.

TOP 22. DS XI/175 IT-Sicherheit der kritischen Verwaltungsinfrastruktur; hier: Antrag Nr. 28/21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. August 2021, eingegangen am 25. August 2021

Gemäß der Aussprache, die bei TOP 21 dokumentiert wurde, ist der 2. Absatz wie folgt zu ergänzen:

„Weitere Prüfungen können nach dem Ermessen der Kreisverwaltung durchgeführt werden.“

Mit dieser Ergänzung sodann einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, einen Penetrationstest der Verwaltungs-IT-Systeme durchführen zu lassen. Dieser soll extern erfolgen und sich auf die kritische Infrastruktur konzentrieren.

Zur kritischen Infrastruktur zählen in diesem Zusammenhang das Kreisgesundheitsamt, der Katastrophenschutz und dessen Warnsysteme sowie die Rettungsleitstelle. Weitere Prüfungen können nach dem Ermessen der Kreisverwaltung durchgeführt werden.

Anschließend soll dem Kreistag ein Bericht über die Ergebnisse des externen Penetrationstests vorgelegt werden.

TOP 23. DS XI/158 Generalsanierung IGS Obere Aar und Berufliche Schulen Untertaunus, Taunusstein-Hahn

Landrat Kilian gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht und kündigt an, dass der Projektsteuerer zum nächsten Bericht erneut im HFWD vortragen wird.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 24. DS XI/97 Bericht des Portfoliobeirates zum Zins- und Kreditmanagement

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 25. DS TO der KT-Sitzung am 21. September 2021

Die Empfehlungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung sind der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

TOP 26. DS Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Ausschussvorsitzender Reimann dankt den Mitgliedern für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 11.05 Uhr.

Bad Schwalbach, 17. September 2021

.....
(Joachim Reimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer